

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Kopierausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Dormwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Republik und ihre Beamten.

Konferenz der preussischen Regierungspräsidenten. - Der Minister fordert: Die Beamten müssen sich zur Republik bekennen!

Gestern fand im Preussischen Ministerium des Innern eine Besprechung statt, an der alle Ober- und Regierungspräsidenten Preussens - oder deren Vertreter - teilnahmen. Der gemeinsamen Besprechung der Ober- und Regierungspräsidenten, die unter der Leitung des Ministers Orzeszinski stand und an der der preussische Finanzminister sowie Vertreter sämtlicher preussischer Ressorts teilnahmen, ging, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, am Vormittag des 18. Februar eine Konferenz der Oberpräsidenten, gleichfalls unter der Leitung des preussischen Innenministers, voraus.

In dieser Sitzung ergriff namens der Oberpräsidenten der Oberpräsident von Berlin-Brandenburg Mayer das Wort und erörterte noch einigen Begründungsworten an den Minister in längerer Ausführungen die Notwendigkeit, eine neue Abgrenzung und Festlegung der Befugnisse der preussischen Oberpräsidenten als der verantwortlichen politischen Vertreter der preussischen Staatsregierung den anderen mittleren Behörden gegenüber vorzunehmen.

Minister Orzeszinski

teils in seiner Erwiderung mit, daß demnächst das Staatsministerium sich mit dieser Frage befassen würde. Zur Verwaltungsreform bemerkte der Minister, daß ihm die erst kürzlich beendeten Verhandlungen im Hauptausschuß des Preussischen Landtages bei der Beratung seines Etats klar gezeigt hätten, daß auch eine sogenannte kleine Verwaltungsreform bei der augenblicklichen parlamentarischen Lage keine Aussicht auf Erfolg hätte.

Unmittelbar auf die Besprechung mit den Oberpräsidenten folgte dann eine gemeinsame Sitzung der Ober- und Regierungspräsidenten, die der Minister des Innern mit einer einleitenden Ansprache eröffnete. Zur politischen Lage führte er u. a. aus:

daß die Republik heute absolut gefestigt dastehe und keine unmittelbare Gefahr mehr für die Staatsform bestände. Ein gewaltthamer Umsturzversuch läme heute kaum mehr in Frage.

Es sei Pflicht der politischen Beamten im Lande, den Staatsgedanken zu vertreten und sich bei allen Veranstaltungen und Feiern privater Vereinigungen, die um Teilnahme von Behördenvertretern erludien, vorher zu vergewissern, daß nur die Reichs- und Landesfarben zur Ausschmückung verwendet würden, daß keine Landeskolore die heutige Staatsform herabziehenden Reden gehalten würden. Weiter wies der Minister darauf hin, daß eine ständige innige Fühlungnahme der Provinzialbehörden mit der Bevölkerung notwendig sei. Nichtsahnur müsse sein, daß überall die Verwaltung helfen, nicht hemmen dürfe. Dazu sei selbstverständlich ein Konnex mit den Vertretern der Wirtschaftsorganisationen notwendig.

Nachdem der Minister einige Einzelfragen der Verwaltungspraxis behandelt hatte, ging er auf Fragen der Polizei ein

und wies auf das neue Polizeibeamtengesetz hin, das jetzt den parlamentarischen Körperschaften zugehe. Bei der Erörterung von Polizeifragen bezog sich der Minister auf einen Erlaß, den er Anfang dieses Jahres aus besonderer Veranlassung an eine Polizeibehörde gerichtet hatte. In diesem Erlaß heißt es u. a.: „Ich teile die Auffassung,

daß der Polizeioffizier als besonders hervorragender Träger der Staatsautorität mit seiner ganzen Persönlichkeit dem Staat Dienst leisten muß und seinen Dienst nicht lediglich als eine juristische Erfüllung seines der Republik geleisteten Dienstes auffassen darf.

Ich erwarte auch, daß aus der gesamten dienstlichen Betätigung des Polizeioffiziers (z. B. beim Unterricht in den Sportvereinen, bei Kameradschaftlichen Zusammenkünften usw.) diese lebendige Staatsbejahende Einstellung zum Ausdruck kommt. Ich wünsche Polizeioffiziere, die ihren Dienst aus innerer Einstellung zum Staat tun, oder nur dann, wenn sie zu dieser Einstellung aus bewußter Freiwilligkeit gelangen oder gelangt sind.

Ich erwarte, daß auf der anderen Seite ein Polizeioffizier, der diese Einstellung nicht findet, von sich aus die nötigen Folgerungen zieht.“

Weiter wies der Minister auf die Notwendigkeit hin, den Polizeibeamten eine weitgehende und möglichst früh einsetzende Fürsorge angedeihen zu lassen. Auf eine Anfrage, die Republikantische Beschwerdestelle betreffend, antwortete der Minister, daß diese Stelle mit ihren Eingaben nicht anders, nicht schlechter und nicht besser als jeder andere Staatsbürger, behandelt werden müsse.

An die Ausführungen des Ministers schloß sich ein kurzer Vortrag des Ministerialdirektors Dr. Klawnsen über den Stand der radikalen Rechts- und Linksorganisationen. Er erläuterte dann das Polizeibeamtengesetz und das Polizeikostengesetz.

Hieran schloß sich ein Vortrag des Regierungsdirektors Mosse über die internationalen Vereinbarungen über die Vereinheitlichung der Verkehrsregeln und der Verkehrsregelung. Ministerialdirektor von Dendin ging dann auf den Entwurf des neuen preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz ein und wies darauf hin, daß ein endgültiger Finanzausgleich nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers auch zum 1. April 1928 kaum zu erwarten sei.

An die Ausführungen des Ministers wie an die oben genannten Vorträge schloß sich eine rege Aussprache, die sich bis in die Abendstunden hinzog. Am Schluß der Tagesordnung dankte der Oberpräsident Mayer dem Minister des Innern für die Verhandlungsleitung und für die den Ober- und Regierungspräsidenten gewährte Gastfreundschaft. Mit Worten des Dankes an die Teilnehmer schloß dann der Minister des Innern die Besprechung.

Die Herrschsucht der Industriellen

Lambach gegen die Unternehmer-Syndizal.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lambach, Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, hat jüngst in der „Politischen Wochenschrift“ einen Aufsatz veröffentlicht, der unseren Lesern wohlbekannt ist. Herr Lambach lehnte dort auseinander, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes aus Arbeitnehmern bestehe, daß aber in den bürgerlichen Parteien nur 37 Arbeitnehmervertreter seien. Er beklagte sich über Versuche der Unternehmer, dieses Häuflein ganz an die Wand zu drücken und drohte mit einer Abwanderung der Wähler in das sozialistische Lager.

Kein Wunder, daß dieser Aufsatz den Kapitalgewaltigen auf die Nerven gefallen ist, und daß einer ihrer Wortführer, Prof. Dunkmann in der „Berliner Börsenzeitung“, Lambach beschuldigte, er erstrebe die „Sammlung der Arbeiter unter der einen Fahne des Klasseninteresses“. Wäre das so richtig, wie es leider falsch ist, so stünde es allerdings für die Unternehmer, die sich längst unter der Fahne ihres Klasseninteresses gesammelt haben, recht bedenklich. Herr Lambach will aber natürlich als Bürgerblockmann den schrecklichen Vorwurf, er wolle alle Arbeiter zusammenführen, nicht auf sich sitzen lassen. Er verteidigt sich im „Deutschen“, dem Blatt der christlichen Gewerkschaften, lebhaft gegen ihn, macht aber dabei auch einige Bemerkungen, die ein wenig hinter die Kulissen blicken lassen. So schreibt er:

Ich habe noch niemals „eine einzige große Arbeitnehmerschaft“ ersehnt. Mein ganzes Wirken gehört der Zusammenschaltung von Gesinnungsgemeinschaften in Stand und Volk, die zum „Vaterland, Heimat- und Staatsgedanken“ in geschlossener Einheit stehen. Im Rahmen einer solchen Gesinnungsgemeinschaft will ich allerdings den zu ihr gehörenden Angestellten und Arbeitern volle Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen - selbst mit den Professoren - erringen. Wenn mir das durch ein unverändertes, kurz-sichtig-egoistisches Verhalten irgendwelcher außerhalb des Parlaments agierender Unternehmer-Syndizal unmöglich gemacht zu werden droht, dann schreie ich allerdings auch nicht davor zurück, auf die Gefahren, die in dieser Unvernunft liegen, öffentlich hinzuweisen.

Zugleich einflußlos und verächtlich suchten uns Vertreter des internationalen kartellierten Industrielentums in der Politik zu machen, die persönlich außerhalb des Parlaments sitzen, aber seine Mitglieder kommandieren möchten.

Dieser Heuchelei hat mein von Dunkmann zitierter Aufsatz in der „Politischen Wochenschrift“ „Störungen“ die Maske abgeriffen.

Wenn es Herrn Lambach ernst darum ist, gegenüber der Herrschsucht des Großkapitals Arbeiterinteressen zur Geltung zu bringen, dann soll er, der deutschnationale Abgeordnete, seinem Gott auf den Knien danken, daß es eine große, starke Sozialdemokratie gibt! Er soll die Bilder von Marx und Lassalle in seine Stube hängen und bei der nächsten Wahl dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie noch stärker wird.

Herr Lambach aber ist deutschnationaler Abgeordneter! Und so gibt es außer der Heuchelei der Duckmäuser wohl noch eine andere Heuchelei, der die Maske abgeriffen werden muß. Das ist durch die Bildung des Reichsbürgerblocks befragt worden und wird von der Regierung des Reichsbürgerblocks mit jedem Tage mehr befragt werden!

Der Fall Wilhelm Koch.

Bis vor kurzem war es für die Deutschnationalen das schlimmste Zeichen der Zeit, daß seit der Revolution nicht nur Akademiker und siebenmal gestrichelte Bürokraten, sondern auch Männer aus dem Arbeiterstand zu den höchsten Stellen im Staat emporsteigen können. Was wurde über Ebert, den Sattler, Severing, den Schlosser, Otto Braun und Scheidemann, die Buchdrucker, in der rechtsgerichteten Presse gelästert. Mit wieviel Hohn wurden sie übergossen. Jetzt ist aber der ehemalige Schreiner Wilhelm Koch auf deutschnationalen Vorschlag unter Befestigung des Fachmannes und Akademikers Dr. Krohne zum Reichsverkehrsminister befördert worden. Wie steht jetzt das Problem?

Da sich die deutschnationale Presse in diesem Punkt sonst ziemlich schweigsam verhält, sind wir dem „Reichsboten“ dankbar, daß er uns einige Aufklärungen darüber gibt. Da liegt man jetzt also:

Freie Bahn! Es soll hell in die Millionen des Arbeitervolkes hineinklingen: nicht nur bei der Sozialdemokratie, nicht nur beim Zentrum kann der deutsche Arbeiter etwas werden und bis zu den höchsten Würden aufsteigen! Auch wir haben gelernt. ... Die Arbeitnehmerschaft unsichtbar heute nicht weniger als zwei Drittel des gesamten Volkes. Wir müssen wünschen, daß Staatsgewinnung unsere Massen durchzieht. Dazu bedarf es, daß sie das Gefühl der Gleichberechtigung gewinnt.

„Auch wir haben gelernt!“ - Es hat freilich etwas lange gedauert. Fraglich nur, was die Herrschaften gelernt haben. Der ehemalige Arbeiter in leitender Staatsstellung bedeutet für die Arbeiterklasse doch nur dann etwas, wenn er innerlich mit ihr verbunden bleibt und ihre Interessen nach bestem Wissen wahrnimmt. Was die bürgerlichen Parteien aber dazu bewegen hat, Arbeiter zunächst für den Reichstag zu kandidieren und schließlich auch einmal zu Ministern zu machen, war doch nur die Angst vor der Sozialdemokratie. Um die Arbeiter von der Wahl von Sozialdemokraten abzu-

Die Aussperrung in Sachsen.

Am Montag neue Verhandlungen.

Chemnitz, 19. Februar. (WIZ.) Wie die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellenverbände mitteilt, ist der gestern gefasste Beschluß, die sächsischen Metallarbeiter auszusperrn, heute mittag wirksam geworden. Die Aussperrung erstreckt sich auf etwa 150 000 Arbeiter.

Dresden, 19. Februar. (WIZ.) Das sächsische Arbeitsministerium hat die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie erneut zu Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage auf Montag, den 21. d. M., nach Dresden eingeladen, um auf diese Weise schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens in Sachsen zu vermeiden. Das Arbeitsministerium hat sich ferner bemüht, auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß die angekündigte Aussperrung einstmals unterbleibt, bzw. rückgängig gemacht wird. Beide Parteien haben ihr Erscheinen zu den neuen Verhandlungen zugesagt. Inzwischen ist heute mittag 12 Uhr die Aussperrung von 150 000 bis 180 000 Metallarbeitern durch die Arbeitgeber der sächsischen Metallindustrie erfolgt.

Vor Unruhen in Schanghai.

„Die Lage ist äußerst ernst.“

London, 19. Februar. (WIZ.) „Daily News“ berichtet aus Schanghai vom Sonnabend früh: Der Stog der Kantontuppen hat eine rasche Rückwirkung in Schanghai gehabt. 400 chinesische Angestellte einer englischen Fabrik legten gestern vormittag die Arbeit nieder und wickerten sich, das Gebäude zu verlassen, bis die Polizei sie gewaltsam einsperrte. Die Lage in Schanghai ist äußerst ernst. Der Generalarbeiterrat hat mitgeteilt, daß die Arbeiter für heute vormittag einen Generalkstreik verlangen, um ihre Forderung der Räumung Schanghais durch die britischen Truppen und durch das Heer Suntschuanfangs mit Gewalt durchzusetzen. Die Straßenbahn in den westlichen Bezirken stellte am Mittwoch die Arbeit ein. Eine amerikanische Firma hat ein Privattelegramm erhalten, wonach ein britischer Dampfer auf dem oberen Jangtse requiriert wurde, worauf ein britisches Kanonenboot in Aktion trat. „Daily Telegraph“ berichtet aus Schanghai: Wahrscheinlich wird Schanghaiquangschang, der Zivilgouverneur der Provinz Schantung,

einen Panzerzug mit wehrkräftigen Truppen aus Hanking entsenden, um den abnehmenden Widerstand der Truppen des Marschalls Suntschuanfang zu stärken. Infolge der Veränderung der Veränderung in der militärischen Lage in Tscheiang haben zahlreiche Missionare, die es bisher abgelehnt hatten, die Provinz zu verlassen, jetzt in Eile ihre Posten aufgegeben. Sie treffen in Schanghai ein.

Die fremden Truppen in Schanghai.

Paris, 19. Februar. (WIZ.) Aus Schanghai wird gemeldet, daß gegenwärtig in und vor Schanghai folgende Kontingente ausländischer Truppen liegen: 5000 englische Soldaten, Matrosen und Marineinfanterie; davon sind 4000 bereits gelandet; 1100 amerikanische Matrosen und Marineinfanterie, verteilt längs der Küste bzw. auf den im Hafen von Schanghai liegenden amerikanischen Schiffen; 800 französische Matrosen und Marineinfanterie, teils gelandet, teils an Bord eines im Hafen liegenden französischen Kreuzers. Ueber die Anzahl der japanischen Truppen wird in der Meldung keine Angabe gemacht.

England möchte mit Kanton weiterverhandeln.

London, 19. Februar. (WIZ.) Der britische Botschaftsrat O'Walley hält sich noch in Hankau auf und ist vom Konsulat auf das Kanonenboot „Bee“ übergesiedelt. Nach der Kabinettsitzung vom Donnerstagabend sind ihm neue Weisungen übermittelt worden, die es ihm ermöglichen würden, ein Abkommen über die Hankau- und Kiangtung-Niederlassungen zu unterzeichnen. Es sei natürlich wichtig, daß die Südgouverneur ihrer Absicht, keinen Versuch zu machen, den Status der Konzessionen und der internationalen Niederlassungen gewaltsam zu ändern, treu bleibe.

Als Delegierte für die Weltwirtschaftskonferenz sind von der Regierung vorläufig in Aussicht genommen: Staatssekretär Trendelenburg, Reichstagsabgeordneter Sammers, der Vorsitzende der Enquete-Kommission v. Siemens und vom ADGB, der Gewerkschaftssekretär Eggers. Als Vertreter der Landwirtschaft soll der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hermes der Delegation angehören.

halten, werden einige Arbeiter als Lockvogel auf die Stange gesetzt. Man macht aus der Not, über die man erst jahrelang gestrichelt hat, eine Legende. Man schwärmt für die „Gleichberechtigung der Arbeiter“, nachdem man so lange es ging und noch länger, an dem infamen Klassenwahlsystem und der schamlosesten politischen Bevorrückung der Besitzenden festgehalten hat. Und man schimpft weiter auf die Sozialdemokratie, durch die man zu diesen Zugeständnissen gezwungen worden ist!

Die polnische Sackgasse.

Wann werden die Verhandlungen wieder aufgenommen?

Die erste außenpolitische Tat der Bürgerblockregierung war die Aussetzung der Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Polen. Sie erfolgte unter Aufwand einer gewaltigen Presselanone und verschaffte so dem unpolitischen „nationalen“ Spießbürger zunächst die angenehme Vorstellung, daß nun in Deutschland Gott sei Dank wieder etwas forscher regiert würde. Diese Stimmung aber hat nicht lange angehalten, und man vertritt nach den Veröffentlichungen der „Germania“ kein Geheimnis, wenn man sagt, daß sich vorgestern im Auswärtigen und gestern im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags schon Symptome eines gewissen Kagenjammers bemerkbar gemacht haben.

Die polnische Ausweisungspraxis hat in Deutschland keine Verteidiger, und jeder würde es dankbar begrüßen, wenn es einer deutschen Initiative gelingen würde, sie zu ändern. Aber ist der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen der Weg, der dahin führt — oder führt er nicht vielmehr weit von diesem Ziel ab? Der Handelskrieg bedeutet für die deutsche Wirtschaft beträchtliche Verluste und erhebliche Opfer — was wird durch ihn erreicht? Und vor allem, wie will man den deutschen und den polnischen Standpunkt bezüglich der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Uebereinstimmung miteinander bringen, nachdem man es glücklicherweise fertiggebracht hat, einen ganz unklaren Standpunkt zu beziehen, den klaren aber freundlichst dem Gegner zu überlassen?

Wenn Polen sagt, daß es bereit ist, sogleich mit dem Handelsvertrag auch über das Niederlassungsrecht zu verhandeln, ja das Kapitel des Niederlassungsrechts vorwegzunehmen, ohne es doch aus dem Zusammenhang zu reißen, so ist es wirklich sehr schwer, Argumente gegen einen solchen Vorschlag zu finden. Auf der anderen Seite aber weiß bisher leider niemand, was die deutsche Regierung eigentlich vorschlägt. Sie sagt, sie wolle die Ausweisungsfrage vorweg nehmen — aber die Ausweisungsfrage ist doch nur ein Teil der Niederlassungsfrage und die Niederlassungsfrage ist wieder nur ein Teil der allgemeinen Handelspolitik. Da schließlich einmal doch verhandelt werden muß und einseitig nur ein praktikabler Verhandlungsvorschlag, nämlich der polnische, besteht, ist zu befürchten, daß die deutsche Regierung nicht mit Ruhm bedeckt aus diesem diplomatischen Kampf hervorgeht. Noch mehr ist freilich zu befürchten, daß sie sich aus Prestigegegründen, um sich die Blamage des Kleinbegebenmüssens zu ersparen, in eine Haltung verbeissen wird, die handelspolitisch und außenpolitisch Schaden bringt.

Die Warschauer Gegenspieler sind, wie die gestrigen Ausführungen des Außenministers Zaleski zeigen, klug genug, die Schwäche der deutschen Stellung zu erkennen. Sie wollen sich auf das Abwarten verlegen und alle Angriffshandlungen unterlassen. Bleiben sie stark genug, diese Politik durchzuführen, dann sieht Berlin sozusagen auf dem Proppen. Sind sie aber dazu nicht stark genug und kommt es durch beiderseitige Provokationen zu einer Verschärfung des Handels- und Ausweisungskriegs, so werden zahlreiche Unschuldige und mit ihnen beide Völker darunter zu leiden haben.

So kann man der deutschen Regierung nur einen Rat geben: Sie möge danach trachten, unter Verzicht auf alle

Prellgerüchelten baldmöglichst wieder aus der Sackgasse herauszukommen!

Kauscher bei Wilsudski.

Freitag abend empfing Wilsudski den deutschen Gesandten Kauscher und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Nach Mitteilungen der heutigen halbamtlichen Presse in Warschau ist dabei keine Uebereinstimmung erreicht worden. Ein Bericht lag an amtlicher Stelle in Berlin bis heute mittag noch nicht vor. In den politischen Kreisen besteht indessen der Eindruck, daß eine weitere Fühlungnahme folgen wird. Die Gerüchte über die Ernennung Strahburgers zum Leiter der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen werden dementiert.

Geflers Hohn auf den Reichstag.

Zentrumsmißtrauen gegen den Wehrminister.

Frankfurt a. M., 19. Februar. (Erl.) Das hiesige Zentrumorgan, die „Rhein-Mainische Volkszeitung“, nimmt Stellung zu dem vorliegenden Wehretat. In dem Artikel heißt es wörtlich: „Herr Gefler hat in seiner Evidenz seine humoristische Vorgabe wieder ausgiebig in den Dienst seiner Sache gestellt. Daß er dabei auch recht geschmacklos werden kann, beweist eine Äußerung zur Rekrutierungsfrage. Er hat erwidert, warum in der Reichswehr so viele Kaiserhochs ausgebracht werden. Das ist die Schuld der Erwerbslosen, die sich in Massen zur Reichswehr drängen, nach ihrer Einstellung aber herausfinden, daß sie als Kanalarbeiter mehr verdienen können und deshalb von ihrem Militärdienstvertrage wieder loszukommen versuchen. Der beste Weg dazu in dieser republikanischsten aller Armeen ist natürlich die Beförderung einer angeblich monarchistischen Gesinnung. Daher die vielen Hochrufe auf Wilhelm II. So tritt ein Minister der deutschen Republik im Jahre 1927 den Vertretern des souveränen Volkes mit offenem Hohn entgegen. In der Form wenigstens hat der Chef der Heeresleitung, General Hege, ein Offizier des alten Heeres, sich von seinem vorgehenden Minister sehr vorteilhaft unterschieden, als er auf seine Art, aus den Gedankengängen eines alten Soldaten, den Reichswehretat zur ungeklärten Annahme empfahl. Vielleicht wird er sich aber mit der Zeit von Gefler belehren lassen, wie man mit den Reichstagsabgeordneten zu verfahren hat.“

Zusammenlegungspläne für Reichsbehörden

Nach dem Scheitern des Kaiserhofprojektes.

Wie der Reichsdienst deutscher Presse hört, wird nunmehr nach dem Scheitern der Kaiserhofpläne und der Bildung der neuen Regierung wiederum erwogen, auf welche Weise eine Zusammenlegung der Ämterräume der Reichsbehörden und damit eine größere Ersparnis möglich ist. Man denkt dabei an eine andere Verwendung des ehemaligen Kolonialamts, Wilhelmstr. 62a, in dem gegenwärtig die Zollabteilung des Reichsfinanzministeriums untergebracht ist. Auch das Reichsbehördenhaus (das ehemalige Kriegsministerium), das zurzeit außer dem Reichsverkehrsministerium den Spartenkommissioner und einige andere Kommissariate sowie Abteilungen des Reichswehrministeriums, dem die Verwaltung des Gebäudes untersteht, beherbergt, soll, wenn möglich, anders ausgenutzt werden. Ob es indessen durchführbar ist, den großen Apparat des Reichsarbeitsministeriums, das seine Räume in dem sehr umfangreichen Komplex der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Akademie hat, an einer Stelle im Regierungsviertel unterzubringen, muß mehr als zweifelhaft erscheinen. Bis jetzt scheint jedenfalls noch keine befriedigende Lösung vorgezeichnet zu sein, so daß noch geraume Zeit vergehen dürfte, ehe die Vorbesprechungen ein greifbares Ergebnis zeitigen.

Wieder eine neue Partei.

Reichsausschuß der deutschen Mittelschicht.

W.A. meldet aus Braunschweig:

„Die maßgebenden Organisationen des gewerblichen, landwirtschaftlichen und geistig schaffenden Mittelstandes sowie des Haps- und Grundbesitzes haben einen Reichsaus-

schuß der deutschen Mittelschicht gebildet. Unbefehdet aber im einzelnen verschiedenen Lebensbedingungen und Lebensinteressen der verschiedenen Gruppen der deutschen Mittelschicht und deren selbständig tätigen, im Angelegenheitsverhältnis wirkenden und geistig schaffenden Glieder, will der Ausschuß nach seinem Programm die gemeinsamen Belange der deutschen Mittelschicht herausarbeiten und ein notwendiges Reklamewerk zum Wohle des gesamten deutschen Volkes durchführen. Zum ersten Male tritt der Reichsausschuß der deutschen Mittelschicht am Mittwoch, den 23. Februar, in einer Kundgebung des deutschen Mittelstandes, die in den Kammerräumen in Berlin stattfindet, an die Öffentlichkeit. Die im Reichsausschuß vereinigten Verbände werden Vertreter aus allen Gebieten entsenden.“

Auch diese Neugründung ist ein Zeichen dafür, wie stark die Unzufriedenheit weiter bürgerlicher Kreise mit den bürgerlichen Parteien ist. Der verarmte und durch die Wirtschaftspolitik der Bürgerblockparteien bedrängte Mittelstand fühlt sich durch die nackte Interessentendebatte, wie sie von diesen Parteien beliebt wird, verraten und verkauft. Aber auch Neugründungen auf bürgerlicher Grundlage haben bisher keine Veränderung der Lage gebracht. Sie sind unnütze Kraftvergeudung und führen zu immer größerer Zersplitterung. Die Taktik, die von dem W.A. Band zusammengefaßten Angelegenheitsorganisationen verfolgt wird, zeigt demgegenüber den Weg, der aus dem Zwiespalt einer veralteten bürgerlichen Ideologie herausführt.

Die Tumulte im Landtag.

Ein Kommunist ausgeschlossen.

Die Eröffnung der heutigen Sitzung des Preussischen Landtags erfolgte erst eine Stunde nach dem schiefgegangenen Beginn um 12 Uhr, da inzwischen der Reklamesturm über die gestrigen Tumulte tobte. Präsident Bartels eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß der kommunistische Abgeordnete Kellermann gestern, nachdem die Nennung der Tribünen angeordnet war, die Tribünenbesucher aufgefordert habe, auf den Tribünen zu bleiben, und den Amisgeheßen, die räumen wollten, hindern in den Weg getreten sei. Der Reklamesturm hat ihn dafür auf's Lage von den Signalen ausgeschlossen und sagt hinzu, daß künftig in derartigen Fällen auch Strafzettel erteilt werde. Der Präsident bedauert die gestrigen Ausschreitungen und erklärt, daß er im Wiederholungsfall auch durch die Polizei werde Ordnung schaffen lassen.

Abg. Bartels-Kreis (Komm.) protestiert gegen die Anwesenheit der Polizei in den Räumen des Landtags. Die Tribüne müsse die Meinung des Volkes frei zum Ausdruck bringen. Alles andere sei nur Ausdruck der persönlichen Freiheit der Abgeordneten. (Ordnungsruß.)

Abg. Dr. Windler (Dant.) bedauert, daß der gestrige Arbeitsplan infolge des Tumults der Tribünenbesucher nicht durchgeführt sei. Das bringe verhängnisvolle Gefahren für alle deutschen Parlamente mit sich, und seine Fraktion spreche die Erwartung aus, daß in Zukunft die Verhandlungsfreiheit des Parlaments unter allen Umständen gewährleistet werde.

Präsident Bartels erwidert, daß gestern in der lebendigen Stunde im Hause selbst die Unruhe und Nervosität so groß geworden sei, daß eine ordnungsmäßige Durchführung der Abstimmungen nicht mehr zu erwarten war. Allein aus diesem Grunde habe er die Sitzung geschlossen.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. In der fortgesetzten Abstimmung über die Verordnung des Wahlrechtsministers vom 11. November 1926 betr. die Heranziehung der gewerblichen Räume aus dem Mittelbau wurden einige Resolutionen ohne praktische Bedeutung angenommen. So erlaubt das Haus einen wirksamen strafrechtlichen Schutz wegen willkürlicher Mietminderungen und bekräftigt die Befassung der Ämter bildender Künstler, der Geschäftsräume gemeinnütziger Gesellschaften und der von Kriegesgeheimnissen gemieteten Geschäftsräume unter den Bestimmungen des Mittelbaugesetzes.

Es folgt die Beratung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen den Außenminister Dr. Weder wegen seiner angeblichen Verhandlungen mit der römischen Kurie über den Abschluß eines Konkordats. Der Antrag wird von dem kommunistischen Abgeordneten Kerz begründet.

Die Begründung der kommunistischen Mißtrauensanträge gegen den Außenminister Dr. Weder wegen seiner angeblichen Verhandlungen mit der römischen Kurie über den Abschluß eines Konkordats. Der Antrag wird von dem kommunistischen Abgeordneten Kerz begründet.

Schnee in der Heide.

Von Hans Blind-Oldemaren.

I.

Wie stehen die Erlen düster zwischen dem Himmel und meiner weißen Heide. Ihre Besen, um eine versteigte Quelle gedrängt, stehen tothschwarz und drohen mit Strüngen und Ruten wie aus unterirdischen Kräften gegen die müde Einsamkeit. Denn aller Schnee ist blind, und die Welt ist grau und zufröhen. Auch der Wind ist schlafen gegangen, und die Wolken bleiben seit langem milde stehen. Die Erlen rühren sich nicht, aber sie drohen ihren Widerspruch gegen die reine, helle Welt lautlos in die Runde. Noch nie sah ich ein Schwarz so auffällig, so zerstörend, mitten in der gemessenen, schwermütigen Einsamkeit der Heide, wie diesen Erlenbruch. Ohne lastenden Schnee, den über Tag eine Stunde Sonne schmolz, ohne Uebergang, aufrecht, mit gestäubten Schöpfen und geballten Fäusten haben sie in ihrer Müde Platz genommen und lauern auf eine Stunde, die dieser Heide Frieden bricht. Vielleicht, daß sie dann zu Stämmen aufbrechen wollen. Sie knistern, da man zu ihnen hinüberwandert.

II.

Wieviel friedlicher naht der weiße Kiefernrand. Sonne und Mittagsschwind hatten ihn noch nicht berührt. Mit weißen Bärten und struppigen Greifschöpfen reißt sich ein Baum an den anderen, wer weiß ihre Zahl? Denn diese Einsamen, an deren Füßen schon die saure Erde läuft, die Kiefern, die einst einem ruhmsüßigen Sterben vor den kleinen, wuchernden Büschen zufallen, scheinen so alt wie die Heide selbst. Ungehört, wie alte Eichen knorrig und zerpeilt, halb vorgebeugt von der weißen Last, neigen sie sich gegen die Welt, als lauschten sie seit undenklichen Tagen auf einen König, der über die Heide käme, oder auf ein Wort, das aus dieser dünnen Erde einen Garten zaubert. Ihnen gehören drüben in der Schwellung des Bodens die Wachholder, dunkle Freunde, die nicht von ihrer Wurzel weichen und doch ewig die Haltung ruhelosen Wanderns haben, ihnen gehört die Welt dieses Winters. Ich sah viel Pflanz und Toppfaffen jenseits der Alpen. Seltsamer, argwässiger stehen diese Kiefern in der nordischen Landschaft mit ihren Kronen wie treibende Wolken, mit ihren roten Hochstämmen, die auch an grauen Tagen von Sonnenlicht etwas bewahrt zu haben scheinen. Eindringlicher, traumhafter sprechen die Wachholder zu mir, die zu meiner Seele gehören und unseres Lebens rätselhaften Abklang tragen.

III.

Was hat er doch für Rot, was hüffert der arme Waterkerl den ganzen errottenen Bach entlang? Mein Schiltchen antwortet lustig klingend, der Schnee flüßt zu ihm hinüber. Er fährt mitten durch die weiße Weite, die vom schwarzen Hohlbaum unter den Wolken bis zum Kiefernrand drüben nach Norden reicht. Eine Reihe kurz-

köpfiger Tüllweiden weist den Weg. Sie werden alljährlich gehoren und haben echte, arme Strubbeltöpfe. Ohren und Kopf wachsen fast über den Schädel hinaus. Dazu wenig Kurzweil, selbst im Sommer, denn es ist selten, daß ein Mensch diesen Weg ins Moor ohne Ende fährt. Aber jetzt haben sie ihren vortrachten Spatz, unterm Eis kullert und hüffert und hämmert einer vor Atemnot. Der alte Waterkerl, der im Sommer nicht genug über ihre Trögen lachen kann, obwohl ihm selbst das Moor auf dem Rücken wächst, neidet in diesen Wochen den Tüllweiden die stille, frostkalte Lust wie das Leben. Und weil er bei ihnen kein Mitleid erfährt, schreit er neben meinem Schiltchen her, hoßt wohl, ich werde ihm eine Lar in die Gledede schlagen. Aber immer, wenn ich halte, ist er just totenstill oder knack weiter od und ruht mich dorthin. Er hat Furcht, sich mir zu zeigen, ich weiß es. Aber schließlich kann ich nicht hinter ihm drein laufen, er hat noch jeden Winter überstanden, ich könnte weit rennen, mühte ich allen Waterkerlen Lustlöcher hauen. Ich schau lieber über die wippenden Schellenbüsche der Pferde hinaus, suche dahin, wo Heide und Wolken sich berühren. Einmal, sagt man mir als Kind, würde dort ein Schloß oder ein Königsgarten aufsteigen, die für mich bereitstünden. Ich suchte ihnen Jahr um Jahr entgegen, aber noch fand ich nichts. Wer weiß auch, ob sie nicht längst Fremden gehören, die mir zuvorkamen, was suchte ich noch? Ich bin ja doch dieser Welt verfallen, dieser weißen Ebens, die mein sind und meines Besens Teil.

Eine ulkige Bühnenschnurre.

Gestern, um 11 Uhr abends, begann in der „Komödie“ eine der Nachtvorstellungen, die jetzt die emstlichen Theaterdirektoren mit heikem Bemühen den Berlinern schmackhaft zu machen suchen. Geprickt wurde eine literarisch nicht mehr ganz frische amerikanische Burleske von Margaret Monro „Rafal ein Kind“. Im Verlauf des ganzen letzten Aktes pliff einer mit Ausdauer und nicht zu verkennender Lippenvirtuosität. Dieser mißvergnügte nächtliche Theatergast fühlte sich künstlerisch geprellt. Er glaubte offenbar, Ansprüche auf hochprozentige Kunst zu haben. Nachts um 12.30 Uhr, am Kurfürstendamm. Das ist natürlich eine mißverständliche Auffassung der mitternächtlichen Theaterziele. Die Mehrzahl der Parteinhaber lockte sich aber über den Ill schiel und trumm, der ihnen da zu später Stunde vorgebracht wurde. Der Einfall, von dem das ulkige Stück lebt, ist gewiß an den Haaren herbeigezogen. Aus nichtiger Ursache verläßt ein Ehemann seine junge Frau, und sie stürzt auf Mittel und Wege, ihn wieder zurückzubolen. Da er sich läßt, aber vergeblich einen Stammhalter wünscht, entschließt man sich kurzerhand, einen aus dem Säuglingsheim zu verschaffen. Der in die Verbannung geschickte Gatte bekommt nach vorgeschriebener Zeit ein Telegramm von dem freudigen Familienereignis und trifft, leider mit vollständiger Verfrüfung, ein, wo sich seine Frau schleunigst ins Woddenbett rettet. Mit dem Ausgesprochenen ereignen sich nun die abenteuerlichsten Zwischenfälle, aus dem einen werden zwei. Im dritten Akt erscheint dann noch ein drittes Kind auf der Bühne. In der Pause waren schon unter

den Theatergästen Wetten abgeschlossen worden, wieviel Säuglinge zum Schluß auf der Bühne schlafen würden.

Das Stück überfüllt sich in lustigen Einfallen; es steht auf dem Niveau der amerikanischen Grazerfilme, die einen primitiven Inhalt haben, aber die Lachmuskeln bis zur Erschlaffung anspannen. Im übrigen ist der künstlerische Gehalt des Schwanke in Paul Henckels Regie nicht zu bewerten. Ein solches Tempo ist schon lange nicht dagewesen. Die Schauspieler sind von diesem prächtigen Regisseur zu hoch angefordert. Der Zuschauer wird an das Gekitzeltempo so gewöhnt, daß es nachfolgend, wenn der Komiker Otto Wallburg sich mal vor Ermüdung einen Augenblick leicht, fast weiter zu lassen. Außerdem hat Henckels einen sehr hübschen Einfall gehabt. Der Bühnenaufbau geht auf offener Szene vor sich. Jeder einzelne der Darsteller verdient unübelgedrängtes Lob für das schiffliche Tempo: Oscar Karlweis, Otto Wallburg und Vera Spidellky ernteten Beifall auf offener Szene. Die netteste ist aber Grete Washeim, die Schauspielerin mit den höchst natürlichen Manieren eines eigenständigen Kindes, mit dem Fingerring und Schmolmund eines Badisches und der Frische eines süßen Frauchens. Dgr.

Für Verkürzung der Schlußfrist. In dem Streik um die 30 oder 50 Jahre urheberrechtlicher Schlußfrist schreibt jetzt Walter Mehring in der „Literarischen Welt“ temperamentsvolle Sätze vom Standpunkt eines jungen Schriftlers: „Denk man an Autoren wie Schubert, Keuter, Franz Mehring, Landauer, so erscheint es nur als sehr recht und sehr billig, daß sie wenigstens dreißig Jahre nach ihrem Tode frei werden oder werden, zumal für die meisten der materiellen Vorteile zu bezahlen nur eine ganz kleine Ziffer war. Man sieht vergeblich solche, die sich gegen viel ältere, durch Säcula hindurch vererbte Vorteile empörten. Vorteile aus sehr materiellen Gütern, die es lahenden Erben ermöglichen, das Monopol auf Schöpfungen schon vor dem Tod des Schöpfers zu bekommen. Ob 30 oder 50 Jahre: welche Rolle spielt das für geistige Kämpfer, die nie eine Schlußfrist kannten!“

Denn eine Schlußfrist gibt es, die wird über den Künstler verhängt, nicht um ihn vor Ruin zu bewahren, sondern um das Publikum vor ihm zu bewahren: eine literarische Schlußfrist, in der man ihn festhält, bis er klaffig anfaßt, um mit dieser Fäulnis jede neue Vitalität zu vergiften. „Käuber“ und „Weder“ hat man so lange eingeweiht, bis man sie als wohlbedämmlichen „Konserven“geist, als „Büchsenaufsatz“ an höhere Stufen der Verfallenen konnte. Immer, ob es um christliche Nächstenliebe, um Cosisches Weltbürgerium, um Darwinische Juchtwahl ging, wurden die leuchtenden Wirkungen durch ein rechtzeitiges Todegeschrei zu nichts gemacht. Nicht um 30, nicht um 50 Jahre handelt es sich; rechtzeitig ist das Freiwerden, solange die Werte lebendig sind.

Erstaufführungen der Woche. Montag Städt. Oper: „Der Vliß“. Dienstag Krolltheater: „Der Patriot“. Freitag Central-Theater: „Der blonde Zigeuner“.

Prof. Böcher wird in der Poststraße „Eloa und Wirtschaft“ Montag 8 Uhr im Auditorium maximum der Universität einen Vortrag halten über: „Die organisierte Wirtschaft im Staat“.

Kein Pfennig in der Kasse.

Reichsfinanzminister Köhler sieht schwarz in die Zukunft.

Bei Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung, die vom Präsidenten Ebe um 12 Uhr eröffnet wird, geht erst ohne Aussprache ein vom Abg. Best eingebrachter Antrag zur Abänderung des Aufwertungs-gesetzes an den Rechtsausschuss. Bei der Beratung der Vorlage zur Verlängerung des deutsch-französischen Handels-provisoriums und des Saarabkommens bis zum 31. Mai d. J. weist Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) darauf hin, daß Deutschland nach keinem Eintritt in den Völkerbund verlangen könne, daß die Deutschen in den französischen Kolonien und Mandatsgebieten gleichberechtigt mit allen anderen Nationen be-handelt werden.

Die Vorlage wird dann in zweiter und dritter Beratung ver- abschiedet, ebenso der deutsch-niederländische und deutsch-dänische Schiedsgerichts- und Vergleichs- vertrag.

Die Etatdebatte.

Das Haus geht darauf die erste Beratung des Reichshaushalts für 1927 fort.

Abg. Dr. Fischer-Röll (Dem.) rechtfertigt die Finanzpolitik des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold gegen die Angriffe der Deutschnationalen und des Zentrums. Wenn wir jetzt über- haupt über eine Senkung der Verbrauchssteuern reden können, so sei das doch den geschickten Verhandlungen Reinholds mit dem Reparationsagenten zu verdanken. Die Steigerung der Realsteuern in den Ländern und Gemeinden stehe in gar keiner Verbindung mit der von Reinhold vorgenom- menen Steuerentlastung. Zwischen den Verlautbarungen der Finanz- verwaltung und den Erklärungen des jetzigen Ministers bestehe insofern eine erhebliche Differenz, als früher gesagt wurde, die 500- Millionen-Anleihe brauche für 1926 keine Verwendung zu finden, während wir jetzt hören, daß durch diese Anleihe nur ein Teil des außerordentlichen Haushalts für 1926 ge- deckt sei. Darüber müsse sich der Reichsfinanzminister noch er- klären. Der Minister müsse auch nähere Aufschlüsse über den Kasseebestand des Reiches machen, über die Rückzahlungen und Kredite, die das Reich an die Wirtschaft geleistet hat. Das Reich habe bei der Reichsbank einen Hundert-Millionen- Kredit stehen, ferner besitze es 740 bis 780 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn. Es müsse die Möglich- keit bestehen, im Interesse der steuerlichen Erleichterungen für die Wirtschaft auf diese Reserve zurückzugreifen. Die Rechtskoalition des Jahres 1925, ebenso wie die gegenwärtige Koalition, seien von der Schuld, durch pessimistische Einschätzungen die Grundfrage für die aufgeblähte Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden geschaffen zu haben, nicht freizu- sprechen.

Die Demokratische Fraktion sei unter keinen Umständen damit einverstanden, daß der endgültige Finanzausgleich um weitere zwei Jahre verschoben werde.

Der Redner kündigt dann eine große Anzahl von Anträgen seiner Fraktion zum Finanzausgleich und zur Steuergesetzgebung an. Er fordert insbesondere die durchgreifende Ermäßigung des Ein- kommensteuers, Streichung des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes und Einkommenbesteuerung nach dem mehrjährigen Durchschnitt. Für die Landwirtschaft müsse eine Einheitssteuer ein- geführt werden.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler:

Man hat mir vorgeworfen, daß ich den Etat mit Kühle und ohne Optimismus vertreten habe. Uns Badenern sagt man ge- wöhnlich hier im Norden nach, wir seien ziemlich leichtsinnig ver- antwortl. (Heiterkeit.) Eine Senkung der Reichseinkommensteuern zu ver- sprechen, wäre sehr populär, aber sparen kann man nur mit ganz nüchternem Geschätzsinn. Beim Sparen muß man im Kleinen anfangen — Aufwendungen kann man auch im Großen machen. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahre war die Situation ganz anders. Der Etat, den ich zu vertreten habe, ist wie in letzter Stunde in die Hand gedrückt worden und mein verehrter Amts- vorgänger hat mir in einem Zeitungsartikel Richtlinien als sein Vermächtnis auf den Weg gegeben. (Heiterkeit.) Darin hat Dr. Reinhold zugegeben, daß das Finanzjahr 1927 außerordentlich schwer sein wird. Er schreibt selbst, daß er nur den ersten Teil der Gesamtaufgabe zu erfüllen habe, näm- lich die Senkung der Reichseinkommensteuern. Das war sicher die denkens- werteste Aufgabe. (Heitere Zustimmung rechts.) Die entsprechende Herabsetzung der Staatsausgaben hat er mir über- lassen.

In seinem Vermächtnis teilt er auch mit, daß wesentliche Re- serven in diesem Etat nicht mehr liegen. Ich werde an die Vereinfachung der Verwaltung gehen. Als die Steuerentlastungen im Februar 1926 herausgegeben worden sind, wurde die Ver- waltungsreform als ganz integrierender Bestand- teil der Gesamtreform bezeichnet, aber geschehen ist auf diesem Gebiet noch nichts, denn den Abbau einiger Ministerialräte kann man doch nicht als Beginn der Verwaltungsreform bezeichnen. (Zu- rufe links: Deutschnationaler Widerstand!) Lassen Sie doch die Deutschnationalen an der Verwaltungsreform mitarbeiten, wir wollen erst sehen, was dabei herauskommt. Es ist die Rede davon ge- wesen, daß am Etat 150 Millionen gespart werden könnten, aber entsprechende Anträge aus diesem Hause liegen noch nicht vor. Im Gegenteil sind verschiedene Ausgabensteigerungen verlangt worden.

Der Minister erklärte dann,

daß kein Pfennig vorhanden sei, wenn die unterstützende Erwerbslosenversicherung am 1. April in Kraft treten solle.

Er habe als badischer Finanzminister bereits feststellen müssen, daß auf den Finanzämtern seiner Heimat eine große Unord- nung herrsche, ähnliche Feststellungen habe er auch jetzt machen müssen. Diesen Dingen müsse er zu Weibe gehen und für Ordnung sorgen.

Als nächster Redner ergreift Abg. Reil (Soz.) das Wort.

Stephens' überraschender Rücktritt.

Auch politische Gründe.

Genf, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Neben den persön- lichen Gründen, welche für den sehr überraschenden Rück- tritt des kanadischen Präsidenten der Saarregierung Stephens kurz vor ihren Erneuerungswahlen genannt werden, bestehen, wie schon vermutet wurde und uns von gut eingeweihter Seite be- stätigt wird, auch welche politischer Natur.

Einerseits ist es die Frage des gänzlichen Rückzuges der französischen Truppen und auch die Ueberzeugung, daß die Märztagung des Völkerbundes keine die Saarbevölkerung be- friedigende Lösung finden werde, andererseits soll Stephens immer mehr empfunden haben, daß die deutsche und die französische Re- gierung bei Verhandlungen über die Saarfrage manchmal in einer Art und Weise über den Kopf der Regierungskom- mission hinweggegangen sind, die für den Präsidenten als stark verlegend empfunden werden mußte. Die Schuld trifft, nachdem Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist, ebenso sehr die Reichsregierung, wie auch die französische Regierung.

Japan nimmt Coolidge zu. Reuter zufolge soll die Antwort Japans auf den Abrüstungsantrag des Präsidenten Coolidge kurz und in zustimmendem Sinne gehalten sein.

Berlin, die Stadt der Arbeit.

Das Statistische Reichsamt hat die Ergebnisse der Zählung des Jahres 1925 veröffentlicht, die über die Zusammen- setzung der Bevölkerung Berlins eingehende und ge- naue Auskunft geben. Im Richte dieser Daten erscheint Berlin, was es in Wirklichkeit ist, eine riesige Ansammlung schaffender Massen, eine wirkliche Proletarierstadt. Die Zählung hat in Berlin 4 024 165 Einwohner ermittelt, d. h. um etwa 30 000 mehr, als die gesamte Bevölkerung der Schweiz, um 600 000 bis 700 000 mehr, als die Bevölkerung von Dänemark oder Finnland, und um fast 1 1/2 Millionen mehr, als die Bevölkerung von Nor- wegen. Der größte Teil der Berliner Bevölkerung entfällt nicht auf die reichen „bürgerlichen“ Bezirke wie Wilmersdorf, Zehlendor- f, Schöneberg, Mitte, sondern auf die Arbeiterstadtteile Wedding (351 798 Einw.), Prenzlauer Berg (326 311), Friedrichshain (326 338), Kreuzberg (377 253).

Wie in allen Großstädten, ist in Berlin ein Uebergewicht der Frauen zu verzeichnen; die Zählung hat unter der Bevölkerung Berlins 2 175 306 Frauen und 1 848 859 Männer ermittelt. Der Prozentsatz der Erwerbstätigen ist in Berlin sehr hoch, höher, als in den anderen Städten Deutschlands und des Auslandes. Es sind er- werbstätig auf je 100 Personen der

	Gesamt- Bevölkerung	männlichen Bevölkerung	weiblichen Bevölkerung
in Berlin	54,3	74,6	37,0
• Hamburg	51,0	74,1	29,9
• München	52,6	71,7	35,8
• Nürnberg	53,5	73,2	35,7
• London	49,0	63,5	24,0

Diese Besonderheit der Zusammensetzung der Berliner Bevölke- rung zeigt von den harten Bedingungen des Daseinskampfes, die in der deutschen Hauptstadt herrschen. Ueber die soziale Gliederung der Berliner Bevölkerung geben folgende Zahlen Aufschluß:

Selbständige	836 297 Personen (16,8 Proz.)
Angehörige und Beamte	665 143 „ (13,2 „)
Arbeiter	1 002 850 „ (20,1 „)
Mitbewohnende Familienangehör.	47 152 „ (0,9 „)
Hausangestellte	131 659 „ (2,6 „)
Berufslose Selbständige	278 745 „ (5,5 „)

Von den erwähnten sechs Gruppen gehören drei zum Proletariat: Arbeiter, Angestellte und Beamte, Hausangestellte. Zum großen Teil aber auch die sogenannten „Selbständigen“ (freie Berufs, Kaufleute, Handwerker) und die verarmten Rentner. Auf die drei Gruppen entfallen rund 1 800 000 (72,6 Proz.) der erwerbs- tätigen Bevölkerung. Vom ganzen deutschen Proletariat Deutsch- lands wohnen etwa 7,5 Proz. in Groß-Berlin. Die Eigentüm- lichkeit der Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung besteht aber nicht nur im Uebergewicht der Arbeiterschaft, sondern auch in ihrer Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Das zeigt am besten ein Vergleich mit der größten Stadt Europas, mit London.

Mit den Vororten zählt London 7,5 Millionen Einwohner, ohne Vororte, nach der Zählung des Jahres 1921, 4 484 323 Ein- wohner. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in den beiden Städten beinahe dieselbe: 2 183 831 in Berlin, 2 207 651 in London.

Der Grad der Proletarisierung der Bevölkerung scheint in London noch höher als in Berlin. In Großbritanien werden nur „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmer“ und „Einzelproduzenten“ gezählt. Es wurden in London gezählt:

Arbeitgeber	69 661 (2,7 Proz.)
Einzelproduzenten	125 451 (5,7 „)
Arbeitnehmer	1 981 100 (69,7 „)
Berufslose usw.	41 489 (1,9 „)

Die Zahl der Proletarier in London nähert sich also 2 000 000 und macht fast drei Fünftel der gesamten erwerbstätigen Bevölke- rung der Stadt oder etwa 12,5 Proz. der ganzen eng- lischen Arbeiterschaft aus. Während aber London in der Hauptsache Handelszentrum ist, ist Berlin vorwiegend Industriezentrum. Von seiner erwerbstätigen Bevölkerung entfällt auf:

Landwirtschaft	19 876 Personen (0,8 Proz.)
Industrie	1 118 611 (46,2 „)
Handel und Verkehr	650 687 (28,1 „)
Verwaltung usw.	170 833 (8,8 „)
Freie Berufe usw.	63 840 (2,5 „)
Öffentliche Dienste	160 034 (6,5 „)
Berufslose Selbständige	278 745 (10,8 „)

Dieses Uebergewicht der Industrie, und namentlich der Groß- industrie, bildet gerade die Eigenart Berlins und unterscheidet es von den meisten anderen Großstädten, auch von London, wo die Industrie hinter Handel und Verkehr an zweiter Stelle steht. Hier kamen im Jahre 1921 auf Industrie, Handwerk und Land- wirtschaft nur 732 322 Personen, auf Handel und Verkehr aber 783 221 Personen. Die Zahl der Angehörigen der freien Berufe und der Verwaltung ist in den beiden Weltstädten etwa die gleiche. Die Zahl der im Hausdienst Beschäftigten ist in London mehr als zweimal so groß als in Berlin. Teilweise kann dieser Unterschied von der Verschiedenheit der Statistik abhängen; hauptsächlich läßt er sich aber aus der Eigenart der beiden Städte erklären: London, das Zentrum eines ungeheuren Weltreiches, hat eine noch größere Zahl reicher Leute, die einen ganzen Stab von Dienstboten haben als Berlin.

Die industriellen Arbeiter stellen in London eine Rinderheit der Lohnempfänger dar. Nur in einigen Bezirken sind sie zahlreich genug, um alle proletarischen Elemente um sich zu sammeln und dem öffentlichen Leben ihr Gepräge aufzubringen. Im großen und ganzen ist deshalb der proletarische Geist in der britischen Hauptstadt nicht in dem Maße fühlbar, wie in Berlin.

In Berlin dagegen bilden die Arbeiter der großen industriellen Betriebe die Mehrheit des Proletariats, das seinerseits die über- wiegende Mehrheit der gesamten Bevölkerung darstellt. Natür- licherweise werden sie auch zum politischen Mittelknoten für ihre Klassengenossen, die in anderen Wirtschaftszweigen tätig sind.

Reichswehrparade im Potsdamer Lustgarten

„Treu bis in die Knochen in alter preussischer Art.“

Der Potsdamer Lustgarten sah heute vormittag zum ersten- mal seit dem Jahre 1914 wieder eine Truppenparade: die Garnison Potsdam wurde vom Chef der Heeresleitung, Ge- neral Hege, befehligt. Das militärische Schauspiel hatte eine große Zahl von Zuschauern angezogen, die in langen Reihen den Marstall umsäumten. Unter ihnen sah man den Prinzen Oskar von Preußen, der in Zivil erschienen war, und viele ehemalige Offiziere des alten Heeres in den Friedensuniformen. Als offizieller Gast war in Begleitung von Offizieren des Reichswehrministeriums der amerikanische Gesandte Schuman mit dem amerikanischen Militärattache gekommen. Nachdem General Hege die Front der Formation abge- schritten war, schwenkten die Truppen zu einem offenen Viereck ein, in dessen Mitte General Hege Aufstellung nahm und eine Ansprache an die Garnison richtete. Er betonte, daß er zum erstenmal als Chef der Heeresleitung die Freude habe, die Potsdamer Truppen begrüßen zu können. Er wisse, daß sein hochverehrter Vorgänger, Generaloberst v. Seekt, in diese Truppe Gehorsam, Manneszucht und Kameradschaft hineingelegt habe, und daß man sich auf die Truppen der Preussischen 3. Division unbedingt verlassen könne. „So soll es auch unter meiner Führung bleiben. In treuer Kameradschaft und in treuester Hingebung an unser deutsches Vater- land wollen wir zusammenstehen. Wir wirken, wir kämpfen, wenn es sein muß, und wir sterben, wo und wann man es befiehlt, für Deutschlands Ehre und Deutschlands Gut. Wir erneuern unseren Schwur: Treu bis in die Knochen in alter preussischer Art.“ Die Ansprache schloß mit drei Hurras auf das Vaterland und mit dem Deutschlandlied. Dann formierten sich die Truppen zum Paradeaufmarsch in Zugkolonne. In der 11. Vormittagsstunde war die Befestigung beendet und General Hege kehrte nach Berlin zurück.

Wenn eine solche Truppenschau wirklich notwendig war, so wird doch niemand verstehen, warum der Oberbefehlshaber der deutschen Reichswehr die preussische Art so sehr betonte und noch dazu die alte preussische Art. Logischerweise hätte man nach dem Appell an das altpreußische Herz „Ich bin ein Preuße“ singen müssen. Aber man sang das Deutschlandlied.

Presse und Kriminalität.

Die Vortragsreihe „Berichterstattung der Presse“, veranstaltet vom Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der Deutschen Presse, vereinigte kürzlich im Reichswirtschaftsrat wieder eine zahlreiche Zuhörerschaft. Dr. Albert Röll und der Chefredakteur Wilhelm Acker mann sprachen über „Presse und Kriminalität der Psychopathen“. So lehrreich und anregend die Ausführungen der beiden Referenten waren, so fragwürdig er- schienen in manchen Punkten ihre Behauptungen; besonders gilt dies für Herrn Acker mann, der selbst an der Presseberichterstattung in den Fällen Domela, Leiserde, Kolomal-Nachan Anstoß nahm. Man wird sich hüten müssen, den Bogen zu überspannen. Im übrigen schreibt der Journalist für Gefunde und nicht für Psychopathen.

Besonders aufschlußreich waren die Darlegungen Dr. Rölls. Durch eine große Anzahl von Beispielen versuchte er den Nachweis zu führen, wie Psychopathen und besonders Jugendliche durch Zeitungsnotizen über Verbrechen oder Gerichtsverhandlungen zur Rechtsverleugung angeregt werden. Auch bei Gefunden kann dies der Fall sein; es gibt Zeiten, insbesondere in Verbindung mit Sen- sationsprozessen, in der die meisten Menschen einer Art Psychose anheimfallen. Auch haben Zeitungsberichte schon Epidemien von Verbrechen verursacht: Man denke an die Vitriolattentate, an Dach- stuhbrande, an Automobillisten, Erpressungen von Jugendlichen usw. Gerade die labile Psyche der Jugend fällt leicht romantischen Schilder- ungen von Verbrechen zum Opfer. Man soll sich aber hüten, die Veranlassung von Verbrechen mit den Verbrechenursachen zu ver- wecheln; es müssen eine Reihe Bedingungen vorhanden sein, damit ein Verbrechen geschehe. Ein Kaputet für sich bildet die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Presse. Eine zu intensive Be- schäftigung der Presse mit Kriminalfällen vor der Hauptverhandlung kann die Beeinflussung von Richtern und Jurgen zur Folge haben; die selbständige Aufklärung von Verbrechen durch Zeitungen wird

unter Umständen zu einer Fälschung der Zeugenaussagen führen. Den Schäden der Berichterstattung kann am besten durch eine Pressestelle entgegengetreten werden, in der sich Vertreter der Presse, der Justiz und der Polizei zusammenfinden.

Chefredakteur Acker mann wandte sich gegen die Ausmaßung von Details in den Berichten über Verbrechen in Gerichtsverhand- lungen — von diesem Vorwurf seien auch Polizeibehörden und selbst Richter nicht ganz freizusprechen. (Der Fall der Gräfin Volkmer.) Einen großen Teil der Schuld an der schlechten Berichterstattung tragen die Gedankenlosigkeit und die berufliche Abstumpfung der Journalisten. Ganz besonders sündige aber in dieser Hinsicht die Sensationspresse. Eine Abhilfe ist fernerorts von einer Er- ziehung zur journalistischen Selbstdisziplin zu er- hoffen und andererseits in der Zusammenarbeit der Presse mit der Polizei und Justiz und durch eine bessere Auswahl der Berichter- statter anzustreben.

Mexikanischer Ausflubend.

Die Internationale Kommission des Deutschen Lyzeum-Klubs, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, internatio- nale Interessen auf dem Gebiet der Kunst zu för- dern und zu pflegen, veranstaltete im Deutschen Lyzeum-Klub einen mexikanischen Abend. An Hand von Lichtbildern hielt Dr. Schallertus einen einflussreichen Vortrag über die kulturgeschicht- liche Bedeutung Mexikos. Der Verlauf dieser altamerikanischen Kultur geht auf das 16. Jahrhundert zurück und befruchtet sich auf Aufzeichnungen von Gesängen des Vater Saragum in altortelischer Sprache, der Bilderschrift. Das vorhandene geschichtliche Material stammt von Geheimrat Seeler, der diese hymnen wortwörtlich über- setzt und erklärt hat. An diese sehr interessanten Ausführungen schloß sich der Vortrag reichhaltiger Dichtungen aus Altamerika, ge- sprochen von Frau Agnes Schwalbe im Gewand ihrer Entschuldigungs- art und die Vorführung mexikanischer Volkstänze, angeführt von Mitgliedern der mexikanischen Gesellschaft. Das zahlreich erschie- nene Publikum, worunter sich Mitglieder der mexikani- schen Gesandtschaft befanden, folgte den Vorführungen mit großem Interesse.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der nächsten Woche keine Sitzung.

Kommunistischer Anflug. Gestern abend tagte im Saalbau Friedrichshain eine von den Nationalsozialisten ein- berufene Versammlung, an deren Schwanz sich ein etwa 200 Mann starker Zug bildete, der von der Frieden- straße nach der Jannowbrücke marschieren sollte. Im Zusammen- stöße zu verhüten, begleitete ein Kastrotrojaner der Schutzpolizei die Nationalsozialisten. Unterwegs wurden die Beamten von mit- ziehenden Kommunisten und roten Frontkämpfern beschimpft und in den dunklen Straßen mit Steinen beworfen. Das Bombardement wurde schließlich so heftig, daß die Beamten sich genötigt sahen, Schreckschüsse abzugeben, durch die jedoch niemand ver- letzt wurde. Schließlich gelang es, fünf der Hauptführer zu ver- haften, die der Abteilung I A des Polizeipräsidiums vorgeführt wurden.

Zu dem Mordmord in Pankow wird mitgeteilt, daß von dem Täter immer noch keine greifbare Spur gefunden ist. Man weiß auch noch nicht, wo sich die Ermordete bis zu ihrem Tode aufgehalten hat, nachdem sie sich hatte fotografieren lassen.

Die Ketzler Gesellen beteiligen sich an der sozialistischen Ver- anstaltung heute Sonnabend, 19. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Arbeiter-Kongresssaals, Wittenwalder Str. 34-37. (Hauptverhandlung: Untergrundbahn! Unfeindlichkeit!) Geselle Engelbert Graf spricht über das Thema: Kriegsgelahr rund um den Stillen Ozean.“ Karten zum Preise von 20 Pf. sind zu haben im Augenbletretariat. — Heute abend finden folgende Veranstaltungen der Sozialistischen Arbeitervereine statt. Kottbuser Tor: Augenbletretariat, Kottbuser Straße 66. Vortrag: „Wir und Joid“. Verbezügler Prenzlauer Berg: Die Bildungshilfe fallen heute umhändelbar aus. Verbezügler Osten: Augenbletretariat Kottbuser Straße 103; Mädeldelegiertenversammlung. Verbe- zügler Neutal: Augenbletretariat Kottbuser Straße (nicht Verbezügler). Verbe- zügler Kottbuser Straße. Da mir zur Generalversammlung Stellung nehmen ist das Schreiben aller Funktionäre erforderlich. Verbezügler Neutal: Beim Gesellen Kottbuser Straße 66.

Unterricht in der Flugzeugpflege. Im Rinderhaus, Blumenstraße 97, findet wöchentlich einmal wieder Unterricht in der Flugzeugpflege statt. Vorlesungen schriftlich oder mündlich von 2-6 Uhr im Bureau des Rinder- hauses.

Die ländliche Sozialpolitik.

Königsberger Rede des Ministers Schiele.

Man schreibe uns: Bekanntlich hat der neue Reichsernährungsminister Schiele vor einigen Tagen auf der deutschnationalen Schulungswache in Ostpreußen zwei schwungvolle Reden gehalten. In einer seiner Reden ist er auch auf die Sozialpolitik zu sprechen gekommen, worüber er sagte:

„Die Sozialpolitik müsse ein lebendiges Glied der Wirtschaftspolitik sein. Sie dürfe nicht hemmend, sondern müsse fördernd und schöpferisch wirken. Sie müsse weiterhin in dem arbeitenden Menschen feilschendes Neues erwecken. Das Sozial- und Agrarprogramm müsse deshalb eine Sozialpolitik des Eigentums und der Familie sein. Das Wurzelmerk des deutschen Lebens- und Volksbaumes müsse wieder erneuert werden. Darum sei innere Kolonisation das Gebot des nächsten Menschenalters, die Bauernkolonisation besonders im Osten und Arbeiterkolonisation mit gesunden Aufstiegsmöglichkeiten. Ein derartig großes soziales Agrarprogramm sei nur mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie zu verwirklichen. Mit diesem Feldzuge der Arbeit gäben wir unserem Volke endlich wieder ein großes nationales Ziel, das unserer Zeit so bitter nottue. Dieses Ziel laute nicht, wie mache ich das Volk wieder wohlhabend, sondern wie mache ich es gesund und froh. Nur straffe Zusammenfassung aller Kräfte, straffe Staatsführung könne zum Ziele führen. Die große Aufgabe unserer Zukunft werde gelöst werden in dem Glauben an den sozialen Geist der Liebe und der Verantwortung für unsere Volksgenossen und im unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Zukunft. Der Minister schloß mit den Worten Forts, die er am 8. Januar 1913 an General v. Bülow richtete: „Erfämpfen, erwerben wollen wir unsere nationale Freiheit und Selbständigkeit.“

Bevor der Reichsernährungsminister über Sozialpolitik redete, hätte er gut daran getan, sich zunächst das Material über die ländliche Sozialpolitik anzusehen, das die berufenen Kenner der sozialen Verhältnisse in der Landwirtschaft, die Vertreter der Landarbeiter seinem Ministerium zur Verfügung gestellt haben. Wäre der Minister Schiele so verfahren, dann hätte aus seiner Rede noch ganz andere Gedanken herausklingen müssen. Er hätte dann sagen müssen, daß die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft trotz aller Beschränkungsversuche der Arbeitgeber unerträglich und geradezu katastrophal sind. Dann hätte er feststellen müssen, daß sich ein vollwertiger, verheirateter Landarbeiter mit einem Gesamteinkundenverdienst von durchschnittlich 35 bis 40 Pf. abfinden muß, daß die ländlichen Wohnungs- und Schutverhältnisse zum Teil trotzlos und menschenunwürdig sind, daß es zahlreiche landwirtschaftliche Unternehmer gibt, die Landarbeiter mißhandeln und prügeln, daß man verheiratete Landarbeiterfrauen zur Mitarbeit zwingt und daß die Landarbeiter von einem Unrecht in das andere gestochen werden. Nach diesen Feststellungen hätte er als erstes Gebot der Sozialpolitik in der Landwirtschaft ausgesprochen: Gebt dem Landarbeiter, was des Landarbeiters ist, laßt ihn unter geordneten Umständen wohnen, behandelt ihn als Mensch, arbeitet mit an der Gesundung und Entwicklung seines Familienlebens.

Un all das hat der Reichsernährungsminister bei seiner Königsberger Rede offenbar nicht gedacht. Seine „Sozialpolitik des Eigentums“ geht davon aus, daß in erster Linie die Interessen der Eigentümer zu berücksichtigen sind und die gebotenen Rücksichten auf die Landarbeiter und ihre Familien nur eben so weit gehen dürfen, daß sie um Himmelswillen ja nicht etwa das Eigentum belasten oder dessen Wehrung erschweren.

Bei Verfolgung einer derartigen „Sozialpolitik“ wird es dem Reichsernährungsminister Schiele nicht besser ergehen als seinen Vorgängern: Die schaffende Landbevölkerung wird auch in ihn nur den Mann sehen, dessen Herz nicht für sie schlägt, sondern für das Eigentum, für ihre Klassengegner.

Die dritte Reichskonferenz des ZdA.

Die Vertreter der kaufmännischen Lehrlinge und jugendlichen Angestellten vereinigen sich am 20. Februar zur 3. Reichsjugendkonferenz in Dresden. Der Zentralverband der Angestellten, die freigewerkschaftliche Organisation der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten, widmet sich in bemerkenswerter Weise der heranwachsenden Jugend, die im kaufmännischen Erwerbsleben tätig ist. Das geschieht aus zwingender Notwendigkeit heraus. Der jugendliche und heranreifende Mensch braucht einen starken Schutz und eine kräftige Stütze, die ihn vor Ausbeutung und Mißhandlung bewahren. Auch die Kaufmannsjugend ist den Gefahren der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ausgesetzt. Ja, hier sind die Gefahren weitaus größer, weil starke Hindernisse einer frühzeitigen und gründlichen Aufklärung häufig im Wege stehen. Es gibt sogar Kreise, die immer wieder ihre Agitation unter der Jugend im Angestelltenveruf mit dem Appell an das Standesgefühl bzw. Standesbewußtsein begründen. Durch diese Kreise wird ein verhängnisvoller Irrtum, ein den jungen Menschen immer wieder beizubehaltender Standesdünkel absichtlich großgezogen und genährt. Eine richtige Erkenntnis der wirklichen Lage ist dann häufig mit bitteren Enttäuschungen und herben Verlusten verknüpft. Das Beispiel der ungeheuren Erwerbslosigkeit unter den Angestellten ist wohl in mancher Hinsicht der beste Beweis gegen den falschen Standesdünkel unter den Angestellten, der dem Organisationsgedanken gerade unter diesen Berufsangehörigen oft noch so hinderlich im Wege steht. Und das ist der besondere Wert der Jugendarbeit des ZdA, daß auf diese Weise junge Menschen schon frühzeitig ausgerüstet werden mit einer guten Kenntnis über die Notwendigkeit und Bedeutung einer starken und leistungsfähigen Organisation. Wer sich die Mühe macht, um sich mit dem lebendigen Treiben der ZdA-Jugendgruppen vertraut zu machen, wird zugeben müssen, daß aus diesem Kreise sicherlich Mitarbeiter und Kämpfer für die Organisation der Angestellten mit ihrem Willen und entscheidender Haltung entwachsen werden. Und um das Selbstbewußtsein der jungen Mitglieder zu fördern, hat der ZdA seinen Jugendmitgliedern ein Parlament,

die Reichsjugendkonferenz, eingerichtet. Sie ist eine Tribüne, auf der all die Lebensfragen, die eine gesunde und aufwärtsstrebende Jugend bewegen, zum Ausdruck gebracht werden und im Meinungsaustausch auch die Wege gefunden werden, die für die Vertiefung und Entwicklung der Jugendarbeit des Verbandes von Bedeutung sind. Alt und Jung schaffen im ZdA. an gemeinsamem Werk. Die Ergebnisse der Reichsjugendkonferenz werden aufmerksame Beurteiler in den Reihen der gesamten Organisation und darüber hinaus in der gesamten Arbeitnehmerbewegung, finden doch diese gewerkschaftliche Jugendarbeit gleichfalls dem allgemeinen Ziel der Arbeiterbewegung, durch den Zusammenschluß sämtlicher Arbeitnehmer die höchste Kräfteentfaltung zu erreichen, um dem Kulturwillen des werktätigen Volkes den Weg zu ebnen.

Nahrungs- und Genussmittelarbeiter!

Morgen früh um 9 Uhr beginnt die Verhandlungsgeneralversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Am Eingang zur Versammlung, und zwar in der Zeit von 4 1/2 bis 1 Uhr mittags, sind die Stimmzettel für die Neuwahlen abzugeben.

Da die Kommunisten alle Anstrengungen machen, um die Leitung in die Hände zu bekommen, fordert die Fraktion Amsterdam des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes alle auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung stehenden Verbandsmitglieder auf, die Versammlung zu besuchen (wobei das Mitgliedsbuch nicht vergessen werden darf) und für die Wahlvorschläge der Verbandsfunktionäre zu stimmen.

Wer an der Teilnahme der Versammlung verhindert ist, muß wenigstens ins Gewerkschaftshaus kommen und am Saaleingang seinen Stimmzettel abgeben!

Die Aussperrung der Motazfahrer beendet.

Wie wir schon mitteilten, waren Ende voriger Woche die Motazfahrer der Rotaz-Gesellschaft in Halensee ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, einen von der Betriebsleitung diktierten Lohnabbau von 20 Proz. hinzunehmen. Der Vorsitzende des Berliner Schlichtungsausschusses hat, nachdem die Aussperrung bereits eine Woche dauerte und keine Aussicht auf eine baldige Verständigung bestand, die Parteien von Freitag zu einer unverbändlichen Aussprache geladen. Die Vertreter der Rotaz-Gesellschaft zeigten sich zunächst zu keiner Verständigung bereit und bestanden auf den 20 Prozentigen Abbau der Verdienste, da sie ohne diesen Abbau ihren Betrieb nicht mehr aufrechterhalten können. Der Vorsitzende, Gewerberat Körner, betonte, daß man das Lohnniveau der Motazfahrer, die einen äußerst gefährlichen und gesundheitschädlichen Beruf ausüben, nicht unter das der übrigen Kraftfahrerkategorie drücken könne. Daraufhin gingen die Vertreter der Rotaz-Gesellschaft mit ihren Forderungen auf ein so geringes Maß herunter, so daß die Vertreter der Belegschaft schließlich sich damit einverstanden erklärten. Die Arbeit ist daraufhin heute früh wieder aufgenommen worden.

Es ist höchst bedauerlich, daß in einer Zeit, wo die übrige Arbeiterschaft dazu übergeht, ihre Löhne wieder aufzubessern, noch in einer Berufsgruppe ein Lohnabbau, wenn zwar auch ein geringer, vorgenommen werden muß. Diese den Motazfahrern aufgewungene Lohnbewegung wäre bestimmt anders verlaufen, wenn die Fahrer in allen drei Berliner Betrieben gehörig organisiert wären. So hat nur ein Betrieb dem Diktat der Unternehmer Widerstand geleistet, während es in den beiden anderen Betrieben tatenlos hingenommen wurde. Bei einem festen organisatorischen Zusammenschluß der Berliner Motazfahrer, von denen es ungefähr 150 gibt, wäre es zu der Bewegung erst gar nicht gekommen. Hoffentlich ziehen sie jetzt aus dem Kampf die Lehre und holen das Verstumt in ihrem eigenen Interesse nach.

Friseursalon „Figaro“.

Er liegt am Kurfürstendamm und ist nach dem, was man in einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht hörte, ein höchstfeines, maßstäbliches Geschäft. Die Preise, welche man dort für die Bedienung zahlt, sind vier- bis fünfmal so hoch wie in den Friseurgeschäften der Arbeiterviertel. Der Lohn der Gehilfen ist aber nur um ein Viertel höher als bei denen, die ihre Kunst mit derselben Gewissenhaftigkeit an den Angehörigen der minderbemittelten Bevölkerung ausüben. Im „Figaro“ arbeiten 26 Friseurgehilfen und -Gehilfinnen, daneben sind fast ebensoviel Angestellte in der Kontrolle, der Kasse und der Buchführung beschäftigt. An der Spitze des Geschäfts stehen zwei Direktoren mit Monatsgehältern von 1000 bis 1500 M. Wenn ein Geschäft, das so mit Gehältern ist, etwas abwerten soll, muß tüchtig gearbeitet werden. Also wird von jedem Gehilfen ein entsprechender Umsatz erwartet, das heißt, die auf seine persönliche Arbeit entfallende Einnahme soll eine gewisse Höhe erreichen. Zwei Gehilfen wurden entlassen, weil ihr Umsatz hinter den Erwartungen zurückblieb.

Man fragt sich, wie denn ein Friseurgehilfe Einfluß auf den Umsatz haben kann. Er kann doch nicht mehr tun, als die Kunden bedienen, die ins Geschäft kommen. Aber im „Figaro“ scheint tatsächlich unter den Gehilfen und Gehilfinnen ein Wettkampf um die Bedienung der Kundenschaft üblich zu sein. Eine Maniküre, die sich unwillig darüber äußerte, daß sich eine Kollegin bei der Kundenbedienung vorgebrängt habe, wurde entlassen, weil sie ihrem Unmut in einem für den Salon des „Figaro“ unpassenden Ton Ausdruck gegeben haben soll.

Ein Spezialist für Haarfärbung wurde entlassen, weil seine Kunst an einigen Subjekten nicht geraten war. Er sagt, die Damen mühen zur Zeit der Färbung unwohl gewesen sein. In solchem Falle nehme das Haar die Farbe erfahrungsgemäß sehr schlecht an. Er könne doch einer Dame nicht antehen, ob sie unwohl sei und sie danach fragen, das gehe doch nicht an. — Der Direktor aber behauptet, jede Dame wisse, das zu gewissen Zeiten die Färbung nicht gelinge, keine Dame komme in solcher Zeit zum färben, also sei ein Mißerfolg in der Färbung immer auf ein Verschulden des Färbers zurückzuführen.

Diese sonderbare Logik steht das Gericht natürlich nicht gelten. Es kam zu der Ueberzeugung, daß die Entlassung des Färbers und

der Maniküre eine unbillige Härte ist. Beide Kläger erhielten im Vergleichswege die ihnen nach dem Betriebsrätegesetz zuzehende Entschädigung. Der dritte Kläger soll nachweisen, daß an keiner Stelle ein anderer Gehilfe beschäftigt wird. Die Entlassung des vierten Klägers hielt das Gericht durch die Krankheit desselben für begründet.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Sport.

Ringerwettkampf im Apollo-Theater.

Im Apollo-Theater, das in der Blütezeit des Ringsports oft die Stätte großer Ereignisse war, begann gestern Abend der Ringerwettkampf der Mittelgewichte. Um das Interesse für diesen schönen Sport neu zu beleben, sah man von der Teilnahme der schweren Klasse ab. Dreizehn Ringer, u. a. Schachschneider, Kien sowie Kenter, verbürgen sich für den interessanten Verlauf des Wettkampfes. Als erstes Paar traten auf die Ralle Schachschneider-Berlin und Kenter-Erfeld. Der Berliner, als der stärkere, konnte den sehr flinken Erfelder schon nach neun Minuten unter sich bringen. Dem Ostpreußen Kober gelang es, in dem schönsten Kampf des Abends, den Sachsen Weinert durch einen gut angebrachten finnischen Aussteiger nach 16 Minuten auf dem Boden festzuhalten. Brückner-Breslau erlag dem Rumänen Angelescu nach 14 Minuten durch Ueberwurf. Der junge Kien, dessen Ringweise der des Weltmeisters Juhlmann wohl gleichkommt, wenn nicht gar in einigen übertrifft, entledigte sich Bierholz nach acht Minuten durch Ueberwurf. Der gezeigte Sport war gut. Ein buntes Varietéprogramm leitete den Abend ein.

„Victoria“-Montreal—Tschechoslowakei 8 : 0.

Im weiteren Verlauf des Internationalen Eishockeyturniers im Sportpalast siegte die Mannschaft des „Victoria“-Eishockeyklub Montreal gegen die tschechische Nationalmannschaft ihren ersten Kampf in Deutschland. Die kanadischen Gäste, die vor einigen Tagen von erfolgreichen Spielen aus Schweden kamen, legten gestern auch hier Proben ihres großen Könnens ab. Wenn auch ein Sieg der Kanadier von vornherein feststand, ist doch das Endergebnis für die Tschechen, die man doch wiederholt in besserer Verfassung gesehen hat, etwas deprimierend. Von Beginn bis zum Ende des Spiels ließen die Kanadier in ihrem großartigen Tempo nicht nach. Die Pausenreihe zeigte eine famose Kombination. Bis zur Pause prallte die Scheibe fünfmal in die Maschen des tschechischen Tores. Die Tschechen legten alles auf die Verteidigung. Zwei Pausen, größtenteils sogar nur ein Mann, stürmten vor, um vielleicht bis höchstens zur Mitte zu kommen, wo ihnen von den vorstoßenden Kanadiern mit Eisa die Scheibe genommen wurde. Im zweiten Teil des Spiels erhöhten die Montrealer ihren Vorsprung auf sechs und im dritten Teil auf acht Tore. Die Tschechen konnten das gegnerische Tor auch nicht einmal ernstlich in Gefahr bringen. Der sehr gute tschechische Torhüter verhielt eine noch größere Niederlage seiner Mannschaft. Dies in allem ein ziemlich einseitiges Spiel, in dem nur die Kanadier ihre große Kunst zeigten.

Theater der Woche.

Vom 20. Februar bis 28. Februar 1927.

Ballhäuser: 21. 24. 27. 28. Polzene. 22. 23. 26. Traumpfad. — Oper am Platz der Republik: 21. Capelleria Rusticana. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmerdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburr 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulanten Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Lebenslängliche Garantie
Leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
1 Ring 900 gest. (Bakalergold) 7 g. schwer M. 26,50
1 - 585 - 5 - - - 14,00
1 - 333 - 4 - - - 7,00
Preisliste gratis
Ständig ca. 3000 Stück auf Lager
Gravieren gratis, zum Mitschneiden
Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30
W., Passauer Straße 12
Gen. geschützt

Feine neuzeitliche Möbel
sowie feine Möbel im Stil
in reicher Auswahl
Wertvolle zweckdienliche Möbelformen,
die möglichst nie veralten.
Künstlerische Beratung bei der
Wahl der Stoffe und der Tapeten.
Ausstellung für Wohnkunst
Tauentzienstraße 10, geöffnet 9-1 und 3-7
Uhr, Eintritt frei.
Besichtigung erbeten. — Druck-
sachen und die kleine Schrift „Rhythmus
im Wohnraum“ kostenfrei.
Preiswürdigkeit — Zahlungserleichterung
ohne Aufschlag.
Berlin C, Molkenmarkt 6
W. Dittmar Möbelfabrik

Ischias
in 80% Genesung
und 20% wenn
nicht behandelt
in 15 Tagen sind
schwere Fälle heilbar. Bestenfalls
schon am 1. Tag. Kräftig empfohlen.
Preis 1,- 4,- 9,- 11,- 14,- 16,- 18,- 20,-
**Tombola-
Gewinne
Verkehrs-
Artikel**
Karnaval-
Artikel
Pohl & Weber Nachf.,
Spittelmarkt 4-5, L.
Verlangt Preisliste S.
Berliner Uik-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75
Schutz und Hilfe
sofort durch
nicht fettende
Einreibung M. 1,50
**Grippe
Grafix**
Laboratorium Graichen,
Leipzig, Roßstraße 12.

**Alles
Spezialgeschäft
in
Kamelhaar-
Schlaf-
Heile-
Deden
Strickwaren
9 ritumpfen
Tries zu
1/2 Pf. 1/3 Pf. 1/4 Pf.
Gebrüder
Pflaume,
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
6te Zimmerstr.
Auch gegen alte Gallensteine, Leber-
leiden, Gicht, Gallenblasenentzündung,
Magen- und Darmkrämpfe, Herz-
krankheiten, Gicht, Rheumatismus,
Nierensteine, Nierenleiden, Wasserkrampf,
Blasensteine, Blasenkatarrh, innere Ver-
härtung, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden,
Zuckerkrankheit, Nervenkrankung,
Kopfschmerz, Schwindel, Schlaflosigkeit,
Adernverkalkung, Lungenleiden und
offene Beine ist zu empfehlen
Stern-Engel-Tee
Giltfrei, D.R. Patent, ges. gesch. Bewährtes
Harnsäurezeretzungs- und Ausscheidungs-
Mittel.
Aerztlich erprobt und empfohlen!
Auf die der Krankheit entsprechende
Mischung wird besonders auf-
merksam gemacht.
Zu haben in den meisten Apotheken,
Direkte Bezugsquellenangabe u. Beweis-
material durch Sternengel-Tee-Groß-
vertrieb, Bad Schandau/Elbe.**

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!